

Geschichte und Philosophie

Ein Rückblick nach neun Jahrzehnten: Die entgleiste Revolution

Von Helmut Dahmer, Wien | 1. Dezember 2007

Vor 90 Jahren machten die erfolgreiche Massenmeuterei der russischen Arbeiter- und Bauernsoldaten gegen den Zaren und seine Generäle und die daraus hervorgegangene Radikalopposition der Arbeiterselbstverwaltungs-Organe in den großen Städten (genauer: die Eroberung der Mehrheit in den Räten oder „Sowjets“ durch die politische Minderheit der Bolschewisten) dem Massensterben auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkriegs ein Ende, zwar noch nicht im Februar, aber im Oktober des Jahres 1917 bzw. im Frühjahr 1918 (Brester Raubfrieden).

Vor 90 Jahren machten die erfolgreiche Massenmeuterei der russischen Arbeiter- und Bauernsoldaten gegen den Zaren und seine Generäle und die daraus hervorgegangene Radikalopposition der Arbeiterselbstverwaltungs-Organe in den großen Städten (genauer: die Eroberung der Mehrheit in den Räten oder „Sowjets“ durch die politische Minderheit der Bolschewisten) dem Massensterben auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkriegs ein Ende, zwar noch nicht im Februar, aber im Oktober des Jahres 1917 bzw. im Frühjahr 1918 (Brester Raubfrieden).

Die gesellschaftlichen Träger dieser Revolution waren 5 Millionen Industrie- und Transportarbeiter und 100 Millionen landlose Bauern, die sich unter der Führung einer im Laufe des Revolutionsjahres von 40 000 auf 240 000 Mitglieder angewachsenen, marxistisch orientierten Partei daranmachten, die überkommenen Institutionen der „kombiniert“ entwickelten russischen Gesellschaft von Grund auf zu ändern (Parzellierung des Bodens, Arbeiterkontrolle über die industrielle Produktion, Verstaatlichung der Banken, Räteverfassung).

Im Laufe der folgenden dreieinhalb Jahre Interventions- und Bürgerkrieg wurde die minoritäre Arbeiterschaft aufgerieben. Die bolschewistische Partei illegalisierte nicht nur die „bürgerlichen“, sondern auch die mit ihr konkurrierenden sozialistischen Parteien, schuf mit der Tscheka eine Organisation des „roten Terrors“ und militarisierte sich. 1921 wurde das innere Leben der einzig verbliebenen Diktaturpartei durch das Fraktionsverbot gelähmt. Nirgendwo in Europa ließ die Oktoberrevolution sich reproduzieren; das revolutionäre Russland blieb international isoliert.

Drei Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs machte der vormalige Nationalitätenkommissar und amtierende Generalsekretär der Partei, Stalin, aus dieser Not eine Tugend und proklamierte den Aufbau des „Sozialismus“, also einer hinsichtlich der Arbeitsproduktivität, des Lebensstandards, der Freiheit und Gleichheit der Individuen den höchstentwickelten kapitalistischen Staaten überlegenen Gesellschaft innerhalb der Grenzen der UdSSR. Diese nationalistische Utopie war zum Scheitern verurteilt. Nachdem die Stalin-Fraktion sich in den Fraktionskämpfen der zwanziger Jahre durchgesetzt hatte, entfesselte sie den Massenterror, der viele Millionen Menschen verschlang, um dem von ihr proklamierten, unerreichbaren Ziel zumindest ein Stück weit näher zu kommen. Die der bäuerlichen Mehrheit aufgezwungene Kollektivierung

des Bodens und die nachholende Industrialisierung wurden mit einer Hungersnot (und jahrzehntelanger Mangelwirtschaft) sowie mit der Versklavung der Kolchos-Bauern und der Disziplinierung der aus der bäuerlichen Überschussbevölkerung rekrutierten neuen sowjetischen Arbeiterklasse erkaufte.

Stalins Massenterror der dreißiger Jahre und die ihm folgenden Terrorwellen während und nach dem Krieg und in den letzten Lebensjahren des Despoten richteten sich gegen jedwede mögliche innere Opposition, gegen die soziale wie gegen die nationale. Isaac Deutscher hat darum von einem „politischen Genozid“ gesprochen. Tatsächlich ist es Stalin und seinen Nachfolgern, ist es der stalinisierten KPdSU und der von ihr dirigierten Geheimpolizei gelungen, die Spontaneität der sozialen Klassen, in deren Namen sie die Kontrolle über Staat und Wirtschaft ausübte, auszulöschen.

Nachgeholte Industrialisierung

Stalin hat mehr Kommunisten umbringen lassen als Hitler, und die verhängnisvolle Politik der von Moskau gesteuerten kommunistischen Parteien hat revolutionäre Entwicklungen in aller Welt erfolgreich blockiert (im China der zwanziger Jahre wie im Deutschland der frühen dreißiger Jahre, in Spanien wie in Chile, in Polen wie in Ungarn oder in der Tschechoslowakei). Die teuer erkaufte, nachholende Industrialisierung hat es der Stalinführung im zweiten Weltkrieg ermöglicht, im Bunde mit der stärksten imperialistischen Macht, den USA, Hitlers Armeen zurückzuwerfen und ihre Kontrolle auf die osteuropäischen Staaten auszudehnen.

An ein „Einholen und Überholen“ der höchstentwickelten kapitalistischen Staaten war nie zu denken, weil – entgegen der Annahme der Bolschewiki – der Kapitalismus seine Möglichkeiten noch keineswegs erschöpft hatte. Trotzki schrieb 1925, im Falle eines neuerlichen Aufschwungs der kapitalistischen Weltwirtschaft würde die Sowjetunion zwar versuchen, das Tempo ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu steigern, habe aber (auf sich gestellt) keine Chancen, mit der kapitalistischen Entwicklung Schritt zu halten.¹ Die Stalin-Erben verzichteten auf den Massenterror und gewannen noch einmal eine Galgenfrist von zwei Jahrzehnten. Doch alle Versuche, die bürokratische Kommandowirtschaft von oben her zu reformieren, scheiterten. Seit den sechziger Jahren sanken deren Zuwachsraten, und das Wettrüsten (also die Umwandlung von Produktivkräften in Destruktivkräfte) beschleunigte den schließlichen Zusammenbruch der Staatswirtschaft. Die Nomenklatura setzte als letzte ihrer Reformen die Rückkehr zum Kapitalismus auf die Tagesordnung und verwandelte das Staatseigentum an den Produktionsmitteln in Privateigentum, ohne auf irgendwelchen Widerstand der nominell herrschenden Klassen zu stoßen.

Im Unterschied zur Pariser Kommune von 1871 wurde der revolutionär begründete, bald aber „entartete“ Arbeiter- und Bauernstaat nicht schon nach kurzer Zeit militärisch zerschlagen, sondern konnte sich sieben Jahrzehnte lang halten. Der Preis für die Industrialisierung und für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der substitutionistischen Bürokratie war ein fürchterlicher. Ins Gedächtnis der Menschheit wird der – als „sozialistisch“ firmierende – Staat Stalins und seiner Nachfolger als eines der Menschenfresser-Regime des barbarischen 20. Jahrhunderts eingehen, als ein Regime des Mangels, der Ungleichheit, der totalitären Kontrolle, der Massendeportationen und des Massenmords. Das Projekt einer institutionellen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft, das im Jahr 2007 so aktuell ist wie im Jahre 1917, ist dadurch auf Generationen hinaus diskreditiert.

Wachsende Ungleichheit

Die gegenwärtige Verfassung der Weltgesellschaft ist unhaltbar. Ein Fünftel der Menschheit lebt in irdischen Paradiesen, ein anderes Fünftel vegetiert in irdischen Höllen. Die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen den verelendeten Ländern und den führenden Industrienationen wächst. Die Mittel, die dazu dienen könnten,

diese Kluft zu schließen, werden für Kriege „gegen den Terror“ vergeudet, die zugleich Kriege um Einflusszonen und Bodenschätze sind. Es ist also nicht nur der von der Industrialisierung bewirkte Klimawandel, der, wie dieser Tage ein kluger Journalist schrieb, die soziale Revolution erzwingt², sondern es ist auch das steigende Risiko eines „nuklearen Holocaust“; und es ist das System der kapitalistischen Renditenwirtschaft, an dem alle Reformen, die diesen Namen verdienen, scheitern.

Die Alternative, die den Oktoberrevolutionären von 1917 vorschwebte – die Beseitigung der privaten Verfügung über die gesellschaftliche Produktion, die Abschaffung der Stellvertreter-Politik und die Überwindung von Hunger und Mangel mit Hilfe einer demokratisch kontrollierten, weltweiten Planwirtschaft – ist diskreditiert. Doch ist es die einzige Alternative. Die Oktoberrevolution war die Ausnahme, aus der sich keine Regel machen lässt. Sie ließ sich weder in Deutschland (1923), noch irgendwo sonst reproduzieren. Unsere und die auf uns folgenden Generationen sind – bereichert um die Erfahrung gescheiterter Revolutionen (und gelungener Konterrevolutionen) – wieder in der Situation, in der sich die Sozialisten vor 1914 befanden. Mit dem Albtraum eines so genannten „Arbeiterstaats“, in dem die Arbeiter nichts zu melden haben, ist auch die von ihm alimentierte, weltumspannende Organisation zur Verhinderung von Revolutionen verschwunden.

Eine Blaupause für die antikapitalistische Revolution gibt es nicht. Die Wege, die aus dem Labyrinth der Gegenwart herausführen, müssen wir erst noch finden. Angesichts der Verelendung eines Fünftels der Menschheit und der unaufhörlichen Kriege denken wir – wie die Revolutionäre früherer Generationen –, dass keine Zeit zu verlieren ist. Und doch müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, dass die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft – gerade so, wie einst die Überwindung der feudalen Welt – Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte in Anspruch nimmt. Die Oktoberrevolution war nur ein erster, gescheiterter Versuch, über die kapitalistische Verfassung der Weltgesellschaft hinauszukommen. Unsere Aufgabe ist es, aus diesem Scheitern zu lernen und neuartige Versuche vorzubereiten.

1 „Wenn die kapitalistische Produktion in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen neuen, mächtigen Aufschwung nehmen sollte, dann hieße das, daß wir, der sozialistische Staat, zwar die Absicht haben, vom Güterzug auf einen Personenzug umzusteigen, und das auch tatsächlich zuwege bringen, daß wir aber in Wirklichkeit einen Schnellzug einholen müßten. Einfacher gesagt: Das hieße, daß wir uns in der grundlegenden historischen Einschätzung geirrt hätten. Das würde bedeuten, daß der Kapitalismus seine historische ‚Mission‘ noch nicht erschöpft hat, daß die sich entwickelnde imperialistische Phase keineswegs die Phase des Verfalls des Kapitalismus, seiner Konvulsionen und seiner Fäulnis ist, sondern nur die Voraussetzung einer neuen Blüte. Es ist völlig klar, daß unter den Bedingungen einer neuen, langjährigen europäischen und weltweiten kapitalistischen Wiedergeburt der Sozialismus in einem rückständigen Land unmittelbar mit den größten Gefahren konfrontiert wäre. Gefahren welcher Art? Ein neuer Krieg, den auch diesmal das durch den Aufschwung ‚befriedete‘ europäische Proletariat nicht verhindern könnte, ein Krieg, in dem unser Feind über ein kolossales technisches Übergewicht verfügt? Eine Flut von kapitalistischen Waren, die ungleich besser und billiger als die unsrigen sind, von Waren, die das Außenhandelsmonopol und danach auch andere Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft sprengen? Das ist dann eigentlich schon eine zweitrangige Frage.“ Trotzki, Leo (1925): Kapitalismus oder Sozialismus? Eine Analyse der Sowjetwirtschaft und ihrer Entwicklungstendenzen. In: Trotzki (1997): Schriften, Bd. 3.1, Hamburg (Rasch und Röhring), S. 439.

2 Kaube, Jürgen (2007): Es kommen härtere Tage. Der Klimawandel erzwingt die soziale Revolution. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 10. 2007, S. 37.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Samstag den 1. Dezember 2007
in der Kategorie: **Geschichte und Philosophie, RSB4.**